

reichendes und anständiges Auskommen dener zu sorgen, die es nicht aus eigener Kraft erringen können. Das soziale Pflichtbewußtsein, das Gefühl der Verantwortlichkeit für den Schwachen wächst; damit sind die sittlichen Grundlagen für eine kühne und weitblickende Arbeiterchuhpolitik gegeben.

Dr. Käthe Gaebel.

Soziale Rundschau.

Ein Urteil britischer Arbeitgeber über Gewerkschaften, Tarifverträge und Einigungswesen. In der Münchener Volkswirtschaftlichen Gesellschaft verlas, nach der „Sozialen Praxis“, der Vorsitzende Professor Brentano einen Brief, den Sir Alfred Mond, einer der größten Unternehmer der chemischen Industrie Englands und Parlamentsmitglied, am 2. Dezember 1912 an ihn geschrieben hatte und der verdient, in weitesten Kreisen bekannt zu werden. Er lautete:

Sehr geehrter Professor Brentano!

Mit Vergnügen erfülle ich Ihren Wunsch, Ihnen die Auffassung der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen über den heutigen Stand der Arbeiterbewegung mitzuteilen. Ich bin ein Freund Deutschlands, wünsche Freundschaft zwischen England und Deutschland und bin der Meinung, daß solche Freundschaft durch nichts mehr gefördert werden kann als durch gemeinsames Zusammenarbeiten an Problemen, welche beiden Völkern gemeinsam sind. So versichere ich Ihnen denn und allen denen, welche diese meine Zeilen lesen werden, sowohl in meiner Eigenschaft als großindustrieller Unternehmer als auch als Parlamentarier und Politiker, welcher seit Jahren alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt:

1. Daß in England kein Mensch daran denkt, die Gewerkschaften zu bekämpfen, daß vielmehr die Arbeitgeber sich daran gewöhnt haben, mit Arbeiterorganisationen zu arbeiten. Viele von den größten Industrien, so die Eisenbahnen, die Stahl- und Eisen-, Baumwoll-, Textil-, Schiffbau-, Maschinen-, Gasen- und Transportarbeit, Kohlen- und andere Grubenarbeit usw. haben ihre „Einigungsämter“, ihre Verbände oder Vereine und arbeiten unter Arbeitsverträgen. In solchen Industrien bekennen sich die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß es sehr schwer wäre für sie, ohne die Arbeiterorganisationen auszukommen.

2. Daß man fast allgemein gewillt ist, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzustellen und bei solchen Verhandlungen die Führer der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter anzunehmen.

3. Daß man weit entfernt ist, in den Führern der Gewerkschaften bezahlte Agitatoren und Streikheer zu erblicken, indem diese Führer vielmehr sich in der Regel durch Verantwortlichkeitsgefühl auszeichnen und demgemäß als der maßgebende Faktor in der Arbeiterbewegung erkannt werden.

4. Daß die Vertragsstreue beider Parteien mit der Zunahme der friedlichen Erzielung der Lohnkämpfe zugenommen hat und eine Abweichung bei den altorganisierten Gewerkschaften gar nicht, bei den neuen und schlecht organisierten nicht öfter als bei den beteiligten Arbeitgebern vorkommt.

5. Daß man allgemein den Tarifvertrag als das praktischste Verfahren ansieht, um die Lohnverhältnisse in den Industrien zu regeln, daß es den Arbeitgebern in einer gegebenen Industrie mehr darauf ankommt, daß alle dieselben Löhne bezahlen, als daß diese ein wenig höher oder niedriger sind, daß, obgleich Arbeitskämpfe vorkommen, viel mehr vermieden werden und ihre Regelung auf dauerhafterer Grundlage abgeschlossen werden kann.

6. Daß man dementsprechend, wo aus irgendeinem Grunde der Tarifvertrag auf Grundlage der Freiwilligkeit nicht stattfinden kann, unter dem Beifall der öffentlichen Meinung darauf ausgeht, Mindestlöhne und Mindestleistungen durch Gesetzgebung und eigens geschaffene Behörden festlegen zu lassen.

7. Daß weder das britische Mutterland noch die großen britischen Kolonien, in denen, sei es freiwillig, sei es gezwungen, der Tarifvertrag eingeführt oder seinen Festsetzungen Rechtsverbindlichkeit zuerkannt ist, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt worden sind.

8. Daß die Anzahl der Syndikaten in England ganz unbedeutend ist, daß die Bewegung mehr in der Presse als unter den Arbeitern besteht, daß der ganze Gedankengang der englischen Arbeiter unsympathisch ist und gegen ihren praktischen Sinn verstößt. Der englische Arbeiter ist vor allem Geschäftsmann, der Erfolg in höherem Lohn oder besseren Arbeitsbedingungen sehen will, und der für Theorien nichts übrig hat. Darüber sagt sehr treffend Herr James Ramsay MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei im englischen Abgeordnetenhaus: „Syndicalism is simply playing at things; it opens the door to the worst form of reaction“ MacDonald spricht die Meinung

der Führer der organisierten Arbeiter und der Gewerkschaften aus.

Ich gebe Ihnen anheim, von diesem Briefe jeden Gebrauch in der Öffentlichkeit zu machen, der Ihnen gut scheint.

Mit herzlichem Grusse Ihr ergebener Alfred Mond.

Vermittlung bei Arbeitskämpfen. Bei den großen Wirtschaftskämpfen der letzten Jahre ist es sowohl für die direkt Beteiligten wie für die Allgemeinheit von großem Nutzen gewesen, daß sich unparteiische einflussreiche Personen dazu hergaben, den gewerblichen Frieden zu erhalten oder herbeizuführen. Daß diese vermittelnde Tätigkeit nicht nur eine aufreibende, sondern auch eine undankbare Aufgabe ist, haben die Herren wieder erfahren müssen, die bei der soeben abgeschlossenen Bewegung im Malergewerbe als unparteiische fungierten. Zum Dank für ihre Bemühungen wurden sie von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ in verletzender Weise angegriffen. Von den Schiedsprüchen, die weiter nichts seien als die mathematisch ausgerechnete Mittellinie, hätten die Unternehmer nichts zu halten. Es sei an der Zeit, daß der „sozialistischen Sirdmung unserer Zeit Einhalt geboten würde“. Franzisch redet das Scharfmacherorgan von „samosen Schiedsprüchen“.

„Und wer fällt diese? Leute, die ganz außerhalb stehen und weder am eigenen Leibe und noch viel weniger am eigenen Geldbeutel die Wirkungen ihrer Weisheit verspüren. Ob dabei immer nur altruistische Motive als Triebfeder wirken oder ein Tatendrang, der dem Trieb nach oben seine Entfaltung verdankt, bleibt an und für sich gleichgültig.“

Gegen diese Verdächtigungen ist in den Unternehmerkreisen selbst schon Widerspruch laut geworden. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Schneidergewerbe, Herr Schwarz (München), verteidigt im Organ der genannten Organisation die Unparteiischen und den Wert ihrer Arbeit mit stichhaltigen Gründen. Er hält dem Ausfall der Arbeitgeber-Zeitung entgegen, daß „die Unparteiischen Männer sind, die im praktischen Leben stehen, die tagtäglich alle Erscheinungen und Veränderungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete verfolgen und denen die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nichts Fremdes sind; ich gehe noch weiter und sage, es sind Männer, welche ein Empfinden für die Forderungen des Lebens, wie sie an beide Teile gestellt werden, besitzen und daraus ergibt sich gerade ihre Unparteilichkeit“. Ähnliche Stimmen erheben sich im Lager der Arbeiter. Der „Deutsche Maler“, das Organ des christlichen Malerverbandes, erinnert daran (Nr. 18, 1913), daß schon Herr Kruse, der Hauptvorsitzende des Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe, mehrfach bei Dankesreden sein Bedauern ausgesprochen habe, daß die Tarifkontrahenten im Malergewerbe weder Orden noch Würden verleihen könnten. Er wisse niemand, dem sie eher zuständen als den verdienten Unparteiischen. Dem stimmt das Blatt zu und bemerkt des weiteren: „Wir sagen gegenüber allen Angriffen auf die Unparteiischen: Gut ab vor Männern, die trotz aller Angriffe, denen sie ausgesetzt sind, auch weiterhin bereit sind, im Interesse des sozialen Friedens die verantwortungsvolle, große persönliche Opfer leistende Tätigkeit als Unparteiische auf sich zu nehmen.“

Tariffragen im Buchdruckerberuf. Die am 21. und 22. April abgehaltene Sitzung des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker hatte sich u. a. auch mit den Forderungen des Gutenberg-Bundes zu beschäftigen, der seine Gleichstellung mit dem sozialdemokratischen Buchdruckerverband innerhalb der Tarifgemeinschaft erstrebt. Den durchaus berechtigten Wünschen der christlich-nationalen Buchdruckerorganisation ist leider wieder nicht vollständig Rechnung getragen worden. Die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes beharrten auf ihrer bisherigen Meinherrschaft und stellten sogar die Kabinetsfrage: wenn den Forderungen des Gutenberg-Bundes Genüge geschähe, würde der sozialdemokratische Verband seine sämtlichen Vertreter aus den Tarifinstanzen herausziehen. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Vertreter fand leider bei einem Teil der Prinzipale wieder nicht die notwendige Zurückhaltung, während sich erfreulicherweise die Zahl der Prinzipale mehrt, die die Forderungen des Gutenberg-Bundes als berechtigt anerkennen. Zur Sache selbst wurde geltend gemacht, daß die Annahme der Forderungen des Gutenberg-Bundes eine Tarifänderung bedinge, was aber während der Vertragszeit nicht angängig sei. In einigen Punkten hat der Gutenberg-Bund dennoch etwas erreicht. So ist zunächst zugestanden worden, daß der Redakteur des „Typograph“ zu den Verhandlungen des Tarifausschusses zugelassen wird. Ferner ist Klarheit darüber geschaffen worden, daß die ausgerufenen Gehältern ihre Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nicht bei dem Kreisgehilfen-Vertreter (der stets ein sozialdemokratischer Verbandsbeamter ist) zu bewerkstelligen brauchen. Ferner ist der Antrag des Gutenberg-Bundes, die Beiträge seiner Mitglieder für die Tarifgemeinschaft gemeinsam abzuführen, angenommen worden. Dann war vom Gutenberg-Bund noch beantragt worden,

